



Der Syrienkonflikt:

Konfliktbearbeitungsstrategien aus der Neuen Liberalen Perspektive

Abgabedatum: 09.01.2026

Studiengang: Politikwissenschaft und Geschichte der Neuzeit

Inhaltsverzeichnis

1.0 Einleitung	1
2.0 Theoretischer Rahmen	2
2.1 <i>Einordnung und Grundidee</i>	2
2.2 <i>Akteurs- und Staatsebene</i>	3
2.3 <i>Internationale Ebene und Policy-Interdependenz</i>	3
2.4 <i>Konfliktgegenstände im Neuen Liberalismus</i>	4
2.5 <i>Relevante Akteure und Formen des Konfliktaustrags</i>	4
2.6 <i>Praktische-politische Handlungsempfehlungen und Grenzen</i>	4
3.0 Fallkontext Syrien.....	6
4.0 Gesellschaftliche Akteure und Präferenzkonstellationen	7
4.1 <i>Extreme Gruppierungen.....</i>	7
4.2 <i>Neue syrische Regierung</i>	7
4.3 <i>Ethnische- und religiöse Minderheiten.....</i>	7
4.4 <i>Regierungsgegner</i>	8
4.5 <i>Zivile Bevölkerung</i>	8
4.6 <i>Internationale Einflussnahmen</i>	8
5.0 Formen des Konfliktaustrags	9
5.1 <i>Nationales Gremium und Dialog</i>	9
5.2 <i>Übergangsverfassungsdeklaration</i>	9
5.3 <i>Neuaufbau staatlicher Institutionen</i>	9
5.4 <i>Sicherheitskoordination</i>	10
5.5 <i>Aufarbeitung und Transitional Justice</i>	10
5.6 <i>Parlamentswahlen</i>	10
6.0 Fazit	11
7.0 Literatur	12

1.0 Einleitung

Der syrische Bürgerkrieg und der Sturz des Assad-Regimes markieren einen tiefgreifenden Einschnitt in der politischen Ordnung des Landes. So stellt sich die Frage, wie unter Bedingungen massiver Zerstörung aufgrund des Krieges, Fragmentierung der Gesellschaft und externer Einflussnahmen internationaler Akteure eine neue, tragfähige Konfliktordnung entstehen kann. Während gerade im öffentlichen politischen Diskurs, wie auch in den Medien, Ansätze wie der Neorealismus oder der Neoinstitutionalismus dominieren, richtet diese Arbeit aus der Sicht des Neuen Liberalismus den Blick auf die innerstaatlichen Konfliktlinien und Präferenzkonstellationen, die nach dem Machtwechsel unter Präsident Ahmed al-Sharaa die Gestaltung der neuen syrischen Ordnung prägen.

Ziel dieser Arbeit ist es, die aktuellen Konfliktbearbeitungsstrategien der neuen syrischen Regierung aus einer neuen-liberalen Perspektive zu analysieren und zu fragen, inwiefern die eingeleiteten Reformen tatsächlich zu einer besseren Aggregation gesellschaftlicher Präferenzen und zu einer inklusiven, stabilen Ordnung beitragen.

Dazu wird zunächst der theoretische Rahmen des Neuen Liberalismus skizziert, bevor der syrische Fallkontext seit 1946 und insbesondere die Phase nach dem Sturz Assads dargestellt wird. Anschliessend werden die zentralen gesellschaftlichen Akteure und ihre Präferenzen herausgearbeitet und schliesslich die von der Regierung gewählten Konfliktbearbeitungsmechanismen aus der Sicht der NL-Perspektive kritisch bewertet und Handlungsverbesserungen aufgezeigt.

2.0 Theoretischer Rahmen

2.1 Einordnung und Grundidee

Der Neue Liberalismus bezeichnet jene Variante liberaler Theorien, die internationale Politik über innerstaatliche Akteure, Strukturen und Prozesse, also über so genannte Staat-Gesellschafts-Beziehungen, erklärt. Im Zentrum der Theorie steht die These, dass sich staatliche Aussenpolitik aus gesellschaftlichen Interessen und Machtverhältnissen ableiten lässt und dass die Qualität internationaler Politik von den jeweiligen innerstaatlichen Ordnungen und Konfliktlinien abhängt (Schimmelfenning 2013). Seit dem Ende der 1990er Jahre im Kontext des Endes des Kalten Krieges kommt es zu einer Wiedergeburt liberaler Erklärungen, weil systemische Theorien zentrale Umbrüche nicht antizipieren konnten und der Blick in die Gesellschaft als theoretisch notwendige Ergänzung erschien (Schieder 2010). Andrew Moravcsik reformulierte in diesem Kontext den Liberalismus explizit als positiv-empirische Theorie der internationalen Beziehungen, die mit Neorealismus und Neoinstitutionalismus als allgemeine Theorie konkurriert (Schimmelfenning 2013). Kern dieses neuen Liberalismus ist erstens die Annahme vom Primat gesellschaftlicher Akteure. Individuen und Gruppen mit materiellen und ideellen Interessen bilden den Ausgangspunkt der Analyse. Diese definieren ihre Präferenzen gegenüber Globalisierungsprozessen und versuchen, diese über politische Kanäle in staatliche Politik zu übersetzen. Zweitens wird der Staat nicht als ein einheitlicher Akteur, sondern als repräsentative Institution verstanden. Als sogenannter „Transmissionsriemen“ dominanter gesellschaftlicher Präferenzen, deren Aggregation durch innerstaatliche Institutionen und Machtstrukturen selektiv verzerrt wird. Drittens verschiebt der Neue Liberalismus den Fokus auf die systemische Ebene, indem er nicht mehr vor allem fragt, wie viel Macht oder Fähigkeiten Staaten haben, sondern wie ihre jeweiligen Ziele zueinanderstehen. Die daraus entstehenden Konstellationen von Staatspräferenzen (policy interdependence), wird als zentrale Struktur internationaler Politik verstanden (Schieder 2010). Entscheidend ist, in welchem Ausmass die Verfolgung von Zielen eines Staates Kosten und Nutzen für andere erzeugt und ob daraus Konstellationen von Harmonie, Konflikt oder Interdependenz entsteht (Spindler 2013). Krieg, Konflikt und Kooperation werden dementsprechend als Folge der Kompatibilität

von Staatspräferenzen verstanden, nicht primär als Effekt einer abstrakten anarchischen Struktur des internationalen Systems (Schieder 2010).

2.2 Akteurs- und Staatsebene

Auf der Akteursebene setzt der NL beim methodologischen Individualismus an. Zentrale Träger internationaler Politik sind nicht der Staat, sondern gesellschaftliche Gruppen und Individuen, die materielle und ideelle Interessen verfolgen und diese rational zu maximieren versuchen. Ihre Präferenzen entstehen im Kontext von Globalisierung und gesellschaftlichen Konfliktlinien. Diese erzeugen Gewinner und Verlierer und richten sich auf Wohlfahrt, Sicherheit, Identität und gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen. Auf der Staatsebene versteht der NL den Staat nicht als einheitlicher Akteur mit einem nationalen Interesse, sondern als repräsentative Institution gesellschaftlicher Interessen. Welche gesellschaftlichen Interessen zur Staatspräferenz werden, hängt von innerstaatlichen Strukturen ab, so zum Beispiel Herrschaftsordnung, Demokratie, Interessensvermittlung und Vetospielen (Spindler 2013).

2.3 Internationale Ebene und Policy-Interdependenz

Auf der internationalen Ebene begegnen sich Staaten nicht als anonyme Machtblöcke, sondern als Trägerinnen jener Staatspräferenzen, die zuvor aus gesellschaftlichen Interessen und innerstaatlichen Strukturen hervorgegangen sind. Die internationale Struktur wird im neuen Liberalismus als Konstellation dieser Präferenzen verstanden. Ob Kooperation oder Krieg entsteht, hängt daher davon ab, wie kompatibel diese Präferenzordnungen zueinander ausfallen. Policy-Interdependenz bedeutet hierbei das Ausmass, in dem die Verfolgung nationaler Ziele zwangsläufig Kosten oder Nutzen für andere Staaten erzeugt. Moravcsik unterscheidet hier drei Grundkonstellationen. Harmonie (Präferenzen sind kompatibel), Konflikt (Gewinne des einen sind Verluste des anderen) und Interdependenz bei dem Ziele teilweise übereinstimmen und teilweise kollidieren und somit Kooperation nötig wird (Spindler 2013; Schimmelfenning 2013).

Der NL ist eng mit der Idee von Two-Level-Games verbunden. Aussenpolitische Entscheidungen entstehen nicht nur im direkten Austausch zwischen Regierungen, sondern in einem doppelten Aushandlungsprozess. Auf der internationalen Ebene verhandeln Regierungen über Inhalte und Kompromisse, während sie gleichzeitig auf der

innerstaatlichen Ebene die Zustimmung relevanter gesellschaftlicher Gruppen sichern müssen (Spindler 2013).

2.4 Konfliktgegenstände im Neuen Liberalismus

Als zentraler Konfliktgegenstand gilt der Staat selbst. Verstanden in dem Sinne als Zugang zu und Verteilung von Herrschaft, Ressourcen und Rechten. Konkret lassen sich drei Typen von Konfliktgegenständen unterscheiden. Erstens Verteilungs- und Zugangskonflikte. Hier stehen materielle Ressourcen im Zentrum. Handel, Sanktionen, Energieversorgung oder der Zugang zu Wasser, Land oder anderen knappen Gütern können dies zum Beispiel sein. Zweitens Regel- und Normkonflikte. Hier geht es nicht nur um wie viel, sondern um was gilt als legitim. Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Anerkennung bestimmter Gruppen, Autonomie und grundlegende Werteordnung können massiv auseinandergehen. Drittens Institutionenkonflikte. Hier geht es um Partizipation, Repräsentation, Interessensvermittlung und politische Rechte (Schimmelfenning 2013).

2.5 Relevante Akteure und Formen des Konfliktaustrags

Relevante Akteure sind alle gesellschaftlich bedeutsamen Gruppen und Individuen, die in der Lage sind, ihre materiellen und ideellen Interessen zu organisieren und auf die staatliche Präferenzbildung einzuwirken (Spindler 2013).

Konflikte können konventionell oder unkonventionell ausgetragen werden. Je nachdem welche innerstaatliche Routine und Institutionen dominieren. Konventionelle Formen umfassen Wahlen, Abstimmungen, parlamentarische Verfahren, Gerichte und Vetoinstitutionen. Unkonventionelle Konfliktaustragsformen reichen von Repression, Zensur und selektiver Ausschliessung bis hin zu militärischer Gewalt, Terror, Putschversuchen oder Bürgerkrieg (Schimmelfenning 2013).

2.6 Praktische-politische Handlungsempfehlungen und Grenzen

Empfohlen wird der Ausbau eines repräsentativen politischen Systems, das möglichst viele relevante gesellschaftliche Gruppen in Entscheidungsprozessen einbindet. Demokratisierung, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und öffentlichkeitsbasierte Kontrolle sollen jene innerstaatlichen Strukturen schaffen, die nach aussen zu transparenten, regelgebundenen Verhandlungen führen. Ebenso soll statt offener Konfrontation eine konditionale, schrittweise Lockerung von Sanktionen nahegelegt werden. Dies sobald reale Öffnung und Machtteilung stattfinden. Aussenpolitische

Instrumente sollen so eingesetzt werden, dass sie reformorientierte gesellschaftliche Koalitionen stärken und nicht pauschal ganze Gesellschaften bestrafen. Neben der Lockerung von Sanktionen spielt auch die gezielte Förderung von Interdependenz eine wichtige Rolle. Durch vertiefte wirtschaftliche Verflechtungen, kooperative Regime und zivilgesellschaftliche Netzwerke können gemeinsame Gewinne erzeugt werden, die die Kosten konfliktträchtiger Strategien für Staaten erhöhen (Schimmelfenning 2013).

3.0 Fallkontext Syrien

Der Fall Syrien bietet in der Phase nach dem Sturz von Assad ein besonders geeignetes Untersuchungsfeld, um Konfliktlogiken des NL zu analysieren. Seit der Unabhängigkeit von Frankreich 1946 entwickelte sich Syrien ab der Machtübernahme der Baath-Partei 1963 und der Herrschaft Hafez al-Assads 1970 zu einem autoritären Patronage- und Repressionsregime. Der Staat wurde als zentrales Ressourcen- und Herrschaftsmonopol organisiert und gesellschaftliche Pluralität weitestgehend unterdrückt (Lange 2013). Unter Bashar al-Assad wurde ab 2000 zwar der Privatsektor ausgebaut und teilweise wirtschaftliche Öffnungen vollzogen, jedoch blieb das System aber politisch hochgradig autoritär (Hinnebusch 2012). Die Proteste des Arabischen Frühlings mündeten in einem langjährigen Bürgerkrieg, der zum Verfall staatlicher Verwaltungsstrukturen und zum Zusammenbruch rechtlicher- wie auch wirtschaftlicher Ordnung führte. Erst die militärischen Erfolge von Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS), die Ende November 2024 Aleppo und kurz darauf Damaskus einnahmen, ermöglichten den Sturz Assads. Dieser floh ins Exil nach Moskau und machte damit den Weg für einen inneren Machtwechsel frei (Wieland 2025; Deutsche Gesellschaft and für die Vereinten Nationen e.V. 2025).

Nach dem Sturz Assads übernahm Ahmed al-Sharaa, ehemaliger HTS Emir, ab Dezember 2024 de facto die Führung und wurde im Januar 2025 von der Rebellenführung als Übergangspräsident eingesetzt. Im März 2025 unterzeichnete er eine Übergangsverfassung, die eine fünfjährige Transition und einen schrittweisen Aufbau von Parlament und Institutionen vorsieht. Im Oktober 2025 fanden dann die ersten Parlamentswahlen statt mit einem hybriden System und teils ernannten Abgeordneten (dw.com 2025).

4.0 Gesellschaftliche Akteure und Präferenzkonstellationen

4.1 Extreme Gruppierungen

Unter die extremen Gruppierungen fallen insbesondere der sogenannte Islamische Staat, Al-Qaida, Teile der ehemaligen HTS, sowie die Hisbollah. Das zentrale Ziel dieser Gruppierungen ist ein militärischer Sieg und darauffolgend die Errichtung eines islamischen Staates, der auf einer rigiden Auslegung der Scharia basiert und politische Pluralität wie auch Säkularität zurückweist.

Diese Bewegungen und Gruppen haben das gemeinsame Problem, dass ideologisch-religiöse Unterschiede, dezentrale Strukturen wie auch realpolitische Konflikte eine stabile gemeinsame Front verhindern. Dies führt dazu, dass ihre Präferenzen fragmentiert bleiben und nur begrenzt in eine gemeinsame Staatspräferenz übersetzt werden kann.

4.2 Neue syrische Regierung

Die neue syrische Regierung um Präsident Ahmed Hussein al-Sharaa, ehemals HTS-Emir, stützt sich vor allem auf ehemalige Kräfte der HTS, der Freien Syrischen Armee und der Syrischen nationalen Armee. Ihr zentrales Ziel ist die Kreation und den Erhalt eines islamisch geprägten syrischen Staates, der durch Stabilität die Siegeskoalition politisch absichert und institutionelle Ordnung wiederherstellt. Die Realisierung dieser Ziele ist jedoch von erheblichen Spannungen geprägt. Zum einen stehen Forderungen nach islamischer Normsetzung und Machtkonzentration, zum anderen aber auch die Notwendigkeit um internationale Anerkennung, Sanktionslockerungen und wirtschaftliche Unterstützung.

4.3 Ethnische- und religiöse Minderheiten

Ethnische- und religiöse Minderheiten sind vor allem die Kurden und ihre Verbündeten in der Autonomen Administration von Nord- und Ostsyrien (AANES) und den Demokratischen Kräften Syriens aber ebenso kleinere Beduinenstämme wie auch die Drusen im Süden des Landes. Ihre zentralen Ziele gehen von politischen Freiheiten, zu weitgehender Autonomie bis zu vollständiger Unabhängigkeit. Sie streben unter anderem nach demokratischer Selbstverwaltung, Minderheitenrechten und einer säkularen,

multiethnischen Ordnung, die im deutlichen Gegensatz zu den islamisch-zentralistischen Vorstellungen der Regierung und anderer Rebellengruppen steht.

4.4 Regierungsgegner

Zu den Regierungsgegnern zählen einerseits Assad-Loyalisten in Armee, Sicherheitsapparat und politischer Elite, andererseits lokale Warlords und Milizen, die weder mit der alten noch mit der neuen Machtkonstellation vollständig verschmolzen sind. Ihre Ziele sind der Sturz oder die Begrenzung der Macht der jetzigen Regierung, sowie auf die Rückgewinnung von Patronage Zugängen, Territorium und Sicherheitsgarantien für ihre jeweiligen Klientelnetzwerke. Aufgrund militärischer Schwächung, innerer Zersplitterung und schwindender externer Unterstützung verfügen diese Gruppen aktuell nur über begrenzte Durchsetzungsmöglichkeiten. Trotzdem bleiben sie aber als potenzielle Störfaktoren für jede konsolidierte Ordnung relevant.

4.5 Zivile Bevölkerung

Die Bevölkerung Syriens betrug vor dem Krieg über 22 Millionen Menschen. Inzwischen leben über sechs Millionen als Flüchtlinge im Ausland, etwa sieben Millionen sind innerhalb des Landes vertrieben und rund 400'000 Menschen wurden getötet. Von der Anzahl Getöteten sind rund 220'000 Zivilist*innen. Circa 70 Prozent der Menschen befinden sich in humanitärer Not und etwa 90 Prozent leben unter der Armutsgrenze. Deshalb sind die Präferenzen der Zivilbevölkerung klar auf physische und wirtschaftliche Sicherheit ausgerichtet. Diese wohlfahrtsorientierten Präferenzen stehen häufig quer zu den ideologischen Präferenzen der bewaffneten Akteure und werden im gegenwärtigen institutionellen Gefüge nur unzureichend repräsentiert.

4.6 Internationale Einflussnahmen

Die Konstellation innersyrischer Präferenzen wird stark durch internationale Akteure beeinflusst. Die USA, Russland, Türkei, Iran, Golfstaaten, Israel, sowie Akteure wie die EU, die UN und die Arabische Liga unterstützen oder bekämpfen unterschiedliche syrische Gruppen militärisch, finanziell und diplomatisch. Durch militärische Interventionen, Ausbildungsprogramme, Waffenlieferungen, Sanktionen, humanitäre Hilfe und Anerkennungs- oder Nichtanerkennungspolitiken verändern externe Akteure die Machtressourcen innerstaatlicher Gruppen. Dies hat zur Folge, dass bestimmte

gesellschaftliche Präferenzen nicht oder genau deswegen zur dominanten Staatspräferenz werden.

5.0 Formen des Konfliktaustrags

5.1 Nationales Gremium und Dialog

Im Februar 2025 berief die neue Regierung unter al-Sharaa eine National Dialogue Conference in Damaskus ein. Diese war als Forum für den Einbezug gesellschaftlicher Akteure und Präferenzen gedacht. Also verschiedene innerstaatliche Gruppen an einen Tisch bringen und dem Anspruch gerecht werden, dass relevante gesellschaftliche Präferenzen in den neuen syrischen Staat miteinfließen. Allerdings zeigte sich bereits hier ein Problem. Die Kurdischen Vertreter*innen und andere Minderheitengruppen fühlten sich nicht ausreichend eingebunden. So waren zum Beispiel hochrangige Kurdenvertreter*innen gar nicht eingeladen. Dies deutet darauf hin, dass die Inklusivität des Dialogprozesses begrenzt war und somit zentrale Akteure marginalisiert werden (Gritten 2025).

5.2 Übergangsverfassungsdeklaration

Mit der Unterzeichnung der Übergangsverfassung am 13. März 2025 schuf die Regierung einen formalen Rahmen für die fünfjährige Transitionsphase und den Neuaufbau von Parlament und Institutionen. Wenn man dies aus der Sicht des NL anschaut, so hätte eine inklusiv ausgehandelte Verfassung das Potenzial, heterogene gesellschaftliche Präferenzen in institutionelle Regeln zu übersetzen und somit ein legitimes System und Ordnung zu schaffen. Jedoch konzentriert die aktuelle Verfassungsdeklaration erhebliche Exekutivmacht und schwächt somit die Vetofähigkeit konkurrierender Akteure (Rogg 2025).

5.3 Neuaufbau staatlicher Institutionen

Ein wichtiger Schritt war die Gründung des *Supreme Council for Economic Development* im Juli 2025, das den wirtschaftlichen Wiederaufbau koordinieren soll. Dies soll vor allem darauf abzielen, dass staatliche Verwaltungsstrukturen wiederhergestellt werden und Wohlfahrtsgewinne generiert werden, die der ganzen Bevölkerung zugutekommen. In der Praxis aber werden Wiederaufbauprojekte und Investitionen bevorzugt an Akteure verteilt,

die der Regierung nahestehen. Dies macht ökonomische Reformen zu einem Instrument der Patronage (The Syrian Observer 2025).

5.4 Sicherheitskoordination

Die aktuelle Regierung bemüht sich, die fragmentierten Sicherheitsstrukturen zu koordinieren und unter zentrale Kontrolle zu bringen. Dies ist notwendig, um die Monopolisierung der Gewaltmittel wiederherzustellen. Somit schwächt man konkurrierende bewaffnete Gruppen und erhöht die Durchsetzungskraft des Regimes (Al Jazeera 2025).

5.5 Aufarbeitung und Transitional Justice

Die neue Regierung hat sich formal verpflichtet, die Menschenrechtsverstöße des Assad-Regimes aufzuarbeiten. Es bleibt jedoch unklar wie tiefgehend diese Aufarbeitung sein wird und ob sie auch Verbrechen von Akteuren in der neuen Koalition einbeziehen wird (Lu Phillips 2025).

5.6 Parlamentswahlen

Im Oktober 2025 fanden in Syrien die ersten Parlamentswahlen, seit dem Umsturz statt. Die Wahl fand indirekt über Kollegien statt und 70 der 210 Sitzen, wurden von al-Sharaa direkt vergeben. Dies sorgt dafür, dass die neue Führung institutionell überdeterminiert ist und zentrale Oppositionen, Minderheiten und auch Säkulare Kräfte systematisch unterrepräsentiert bleiben. Al-Sharaa begründete die Ausgestaltung der Wahl selbst, mit dem Nichtvorhandensein syrischer Infrastruktur und Bevölkerung aufgrund von Flucht und Vertreibung. Tieferlegens ist dem aber ein Dilemma zu Grunde. Demokratische Verfahren schaffen den Anschein von Repräsentation und Legitimitätsgewinn und im Gegensatz dazu sichert die institutionelle Ausgestaltung die Machtkonzentration (IDEA 2025; DW 2025).

6.0 Fazit

Es ist schwierig ein abschliessendes Urteil über die aktuellen Konfliktbearbeitungsformen der neuen Regierung zu ziehen, da die Lage erst seit kurzem besteht und viele Prozesse noch im Fluss sind. Vieles weiss man womöglich noch nicht. Trotzdem sieht man ein zentrales Dilemma. Nämlich das Formal alle Institutionen und Verfahren aufgebaut werden, die aus liberaler Perspektive für legitime und stabile Konfliktlösung nötig wären. Verfassung, Dialog, Wahlen, Gremien. Faktisch werden diese Institutionen aber systematisch dafür genutzt, um Machtkonzentration zu legitimieren, konkurrierende Präferenzen auszuschließen und Patronage zu institutionalisieren. Aus Sicht des NL sehr kritisch da der Staat nicht die Präferenzen der Gesellschaft aggregiert, sondern einer (militärischen) Gewinner-Koalition. Funktionalere Konfliktbearbeitungsmechanismen im Sinne des NL würden demgegenüber voraussetzen, dass innerstaatliche und transnationale Präferenzen aller relevanten Akteure systematisch berücksichtigt und in ein repräsentatives politisches System mit stabilen, demokratischen Institutionen und realer Gewaltenteilung übersetzt werden. Ergänzt durch demokratische Reformen, die Einbettung des Konfliktaustrags in multilaterale Institutionen sowie eine Stärkung von Dialogformaten und zivilgesellschaftlichen Netzwerken könnte so eine Ordnung entstehen, in der der Staat tatsächlich gesellschaftliche Präferenzen aggregiert. Ein Problem dabei bleibt aber unter anderem, dass viele islamistischen Gruppierungen gar keine Demokratie wollen und somit zentrale liberaldemokratische Reformen nur begrenzt als legitime oder wünschenswerte Konfliktbearbeitungsformen anerkennen, was die Umsetzung einer inklusiven, repräsentativen Ordnung erheblich erschwert.

7.0 Literatur

- Al Jazeera. 2025. "Syria's Interim Leader Launches National Dialogue on Political Transition." Al Jazeera. <https://www.aljazeera.com/news/2025/2/25/syrias-interim-leader-launches-national-dialogue-on-political-future>.
- Deutsche Gesellschaft and für die Vereinten Nationen e.V. 2025. "Der Krieg in Syrien und die UN." <https://frieden-sichern.dgvn.de/konflikte-brennpunkte/syrien>.
- DW. 2025. "Syrien: Wahl zum Übergangsparlament im September." dw.com. <https://www.dw.com/de/syrien-wahl-zum-%C3%BCbergangsparlament-im-september/a-73436090>.
- dw.com. 2025. "Syrien: Wahl zum Übergangsparlament im September." <https://www.dw.com/de/syrien-wahl-zum-%C3%BCbergangsparlament-im-september/a-73436090>.
- Gritten, David. 2025. "Syrian Leader Hails 'historic' Dialogue Conference." BBC, February 25. <https://www.bbc.com/news/articles/cpv4m4npnedo>.
- Hinnebusch, Raymond. 2012. "Syria: From 'authoritarian Upgrading' to Revolution?" *International Affairs (Royal Institute of International Affairs 1944-)* 88 (1): 95–113.
- IDEA. 2025. "Syrian Arab Republic - October 2025." <https://www.idea.int/democracytracker/report/syrian-arab-republic/october-2025>.
- Lange, Katharina. 2013. "Syrien: Ein historischer Überblick | Syrien." bpb.de, February 14. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/155119/syrien-ein-historischer-ueberblick/>.
- Lu Phillips, Roger. 2025. "Syria Embarks on a Transitional Justice Project." International Centre for Counter-Terrorism - ICCT. <https://icct.nl/publication/syria-embarks-transitional-justice-project>.
- Rogg, Inga. 2025. "Syriens Übergangsverfassung verheißt nicht viel Gutes." Handelsblatt, March 16. <https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-syriens-uebergangsverfassung-verheisst-nicht-viel-gutes/100113667.html>.
- Schieder, Siegfried. 2010. *Theorien der Internationalen Beziehungen*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schimmelfenning, Frank. 2013. *Internationale Politik*. Springer VS.
- Spindler, Manuela. 2013. *International Relations Theory*. Routledge.
- The Syrian Observer. 2025. "President Sharaa Chairs Supreme Development Council to Review Investment Strategy." *The Syrian Observer*, November 4. <https://syrianobserver.com/society/president-sharaa-chairs-supreme-development-council-to-review-investment-strategy.html>.

Wieland, Carsten. 2025. "Syrien | Kriege und Konflikte." bpb.de, March 5.
<https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/54705/syrien/>.